

Die Meldung von gestern Montag, dass die Hamas einem Abkommen zu einer Waffenruhe mit Israel zugestimmt habe, sorgte für Jubel in Gaza. In Israel riefen Demonstranten, allen voran die Familien der von der Hamas entführten Geiseln, die israelische Regierung auf, den Vorschlag anzunehmen.



Familien von Israelis, die von der Hamas entführt wurden, fordern von der Regierung eine Vereinbarung zur Geiselfreilassung © Noa Ratinsky Alamy Stock Foto

Die Ernüchterung folgte auf den Fuss. So hatte sich die Hamas verpflichtet, in einer ersten Phase 33 Geiseln freizulassen, die seit dem 7. Oktober in der Hand der Terroristen sind. Israel hätte im Gegenzug einer zunächst 42-tägigen Waffenruhe zustimmen sollen sowie einem Teilabzug der israelischen Streitkräfte aus Gaza und der Freilassung von 100 palästinensischen Häftlingen aus israelischen Gefängnissen. Von der Forderung, zunächst 40 Geiseln zurückzubekommen, war die israelische Regierung bereits abgerückt.

Gemäss der [New York Times](#) soll die Hamas am Montag-Abend dann aber offen gelassen haben, wie viele der 33 Geiseln noch am Leben sind. Die Hamas forderte zudem mehr palästinensische Gefangene im Austausch für jede Geisel, als ursprünglich vorgesehen war und strich das zuvor vereinbarte Veto-Recht Israels im



## Hamas' zynischer Deal: Tote Geiseln gegen Waffenruhe

Fall bestimmter Gefangener. Dass Israel diesem veränderten Abkommen nicht zustimmen konnte, sollte wenig überraschen und deckt sich nicht mit dem Bild des «Nein-Sagers», dass in der Öffentlichkeit zum Teil kolportiert worden ist. [In Washington äusserten sich Beamte der Biden-Regierung «empört» über das Vorgehen der Hamas.](#)

In der Nacht von Montag auf Dienstag sind israelische Truppen in Teile der Stadt Rafah im südlichen Gazastreifen vorgerückt. Die Vermittlergespräche sollen in Kairo weitergeführt werden.